

Presse und Aussenpolitik

Autor(en): **Oehler, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157384>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Presse und Außenpolitik.

Von Hans Oehler, Zürich.

1.

Die Art, wie in unserm Land Außenpolitik gemacht wird, unterscheidet sich wesentlich von derjenigen anderer Staaten, die unmittelbar im Strom geschichtlichen Wandens stehen. Dort vertritt und verfolgt eine Regierung verantwortlich eine bestimmte außenpolitische Richtung. Im Parlament wird deren Richtigkeit erörtert, bestätigt oder bestritten und je nachdem der Regierung Weisung erteilt: man bestärkt sie in ihrer Haltung oder veranlaßt sie zum Rücktritt. In der Aussprache des Parlaments gelangen die Meinungen und Strömungen der Öffentlichkeit zum Ausdruck, und umgekehrt wirkt diese Aussprache meinungsbildend auf die Öffentlichkeit zurück. Selbst da, wo mehr „diktatorisch“ regiert wird, d. h. die Führung weitgehend einer einzelnen Persönlichkeit oder einem ständigen Regierungsorgan überlassen ist, besteht — in gesunden Staatswesen — ein stetiger, lebendiger Zusammenhang zwischen allen zur Bildung außenpolitischen Willens fähigen Kräften. Kein durch Berufung oder Geburt führender Staatsmann wird auf die Dauer gegen den mehrheitlichen Willen seines Volkes Außenpolitik treiben können oder wollen.

In der Schweiz ist die Verantwortung für die Außenpolitik auf Regierung, Parlament und Volk verteilt. Der letzte Entscheid steht dem Volk zu. Ist dieses aber in seiner Zusammensetzung wenig einheitlich und durch Parteiungen gespalten, oder gar von seinen berufenen Führern im Stiche gelassen, dann hält es schwer, die ihm zustehenden Rechte des Volkssent-scheides und Volksbegehrens in sinngemäßer und fruchtbarer Weise zur Anwendung zu bringen. Die außenpolitische Richtungsbestimmung läge in diesem Fall doch weitgehend bei Parlament und Regierung. Wie wir früher in diesen Heften ausführten, gibt es aber im Bundesrat keine einheitliche Auffassung von Zustand und Lage unseres Landes und entsprechend der nach außen zu befolgenden Politik. Und noch weniger im Parlament. Die Verhältnisse und Fragen der internationalen Politik und ihre Rückwirkungen auf unsere eigene Lage werden hier nicht erörtert. Vielleicht daß man in den Wandelhallen des Bundeshauses im privaten Gespräch seinem

Kollegen seine Meinung anvertraut. Aber eine offene kontradiktorische Aussprache in der Versammlung der Räte findet darüber nicht statt. Gerade dem, was die beste Gewähr urteilsicherer Erfassung des lebendigen Geschehens bietet: dem Streit und Widerstreit der Meinungen, weicht man aus.

Unter diesen Umständen kommt der Presse als Bildnerin einer öffentlichen außenpolitischen Meinung und außenpolitischer Richtlinien eine doppelt wichtige Rolle zu. Ist unsere Presse dieser Anforderung und Aufgabe gewachsen? Diese Frage zu stellen ist ebenso heikel wie dringlich. Aber auch wenn ihre Beantwortung in weitem Umfang verneinend ausfallen sollte, kann das nicht heißen, den heutigen Vertretern der Presse allein die Schuld dafür zuschieben wollen. Wie jedes Volk die Volksvertreter und die Regierung hat, die es verdient, so hat auch jedes Land die Presse, die es verdient. Mit andern Worten: auch der Zustand der Presse ist nur ein Teilzustand des allgemeinen Zustandes, in dem sich unser Volk und seine öffentlichen Angelegenheiten heute befinden.

So besitzt unsere Presse denn auch das gleiche Merkmal, das für unser ganzes öffentliches Leben kennzeichnend ist: sie ist mit wenigen Ausnahmen Partei-*Presse*. In einem tieferen Sinn verstanden, hat es wohl nie eine andere Presse gegeben als eine solche einer „Partei“. Und so wenig man Partei und Parteiung grundsätzlich ablehnen kann, so wenig kann man das mit der Presse als Organ einer Partei. Kritisch und ablehnend muß aber die Einstellung zur Partei werden, wenn das Gruppeninteresse, das sich in ihr verkörpert, allein ausschlaggebend wird, und Bewußtsein und Wille, zugleich verantwortlich das Gesamtinteresse wahrnehmen zu müssen, erlöschen. In diesem Zustand befinden sich weitgehend unsere heutigen Parteien und entsprechend ihre publizistischen Organe. Im Parteiorgan werden nicht nur, wie man etwa erwarten könnte, die Fragen der inneren, sondern genau so diejenigen der äußeren Politik unter Gesichtspunkten erörtert und dargestellt, wie sie das Privatinteresse der Angehörigen der betreffenden Partei oder ihr Gruppeninteresse verlangt. Mit andern Worten, man verfolgt die Vorgänge der internationalen Politik nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkung auf unser staatliches Dasein und die in der Bundesverfassung niedergelegte Aufgabe unserer Außenpolitik: Wahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Bundes. Man betrachtet sie daraufhin und bewertet sie darnach, ob sie der eigenen materiellen und gesellschaftlichen Stellung vorteilhaft oder nachteilig sind.

Auf Grund einer derartigen Darstellung und Beurteilung der internationalen Vorgänge ist natürlich im eigenen Land die Bildung einer sachlich unterrichteten und selbständigen öffentlichen Meinung nicht möglich. Und da Regierung und Parlament ihrerseits ebenfalls nicht zur Bildung einer solchen beitragen, fehlt es an der wesentlichen Voraussetzung für eine wirklich in unserer Hand liegenden Gestaltung unseres öffentlich-staatlichen

Schicksals. Wie in der inneren vermögen so auch in der äußeren Politik private Einflüsse und Interessen unter Ausschaltung der öffentlichen Kontrolle und kontradiktorischen Aussprache entscheidenden Einfluß auf die Leitung des Landes und die Bestimmung seiner allgemeinen Richtung zu gewinnen. Wie etwa dieser Einfluß im Parlament durch Zuschanzung einträglicher Verwaltungsratsposten und anderer Stellen an Volksvertreter geübt wird, deren Wählerschaft sich aus ganz andern Volks- oder Erwerbsschichten rekrutiert, ist bekannt. Vor allem aber ist es die Presse, die dazu benützt wird, in Öffentlichkeit und Behörden diejenigen Vorstellungen und Anschauungen zu erzeugen und zu verbreiten, die geeignet sind, die Verfolgung der eigenen privaten Ziele zu ermöglichen.

An der Einstellung zu den internationalen Vorgängen der letzten Wochen läßt sich diese, durch Privat- und Standesinteressen bedingte Haltung eines Teiles unserer Presse veranschaulichen.

2.

Im Vordergrund des Interesses stand bei diesen Vorgängen der internationalen Politik der letzten Wochen die Stellung der drei Weltmächte Amerika, England und Frankreich zur deutschen Frage.

Nach einer Veröffentlichung des amerikanischen Handelsdepartements hätte die deutsche Handelsbilanz in den Jahren 1923—1930 einen Fehlbetrag von insgesamt siebeneinhalb Milliarden Schweizerfranken aufgewiesen. Dazu wären im gleichen Zeitraum Reparationszahlungen von rund zwölfteinhalb Milliarden gekommen. Dieser Ausfall von rund zwanzig Milliarden Franken wurde zur Hauptsache durch ausländische Anleihen gedeckt. Einen guten Teil derselben lieferte Amerika, das hier für seinen Geldüberfluß einen hochverzinsenden und verhältnismäßig sicheren Anlagemarkt fand. Die Einsicht in diese Lage der deutschen Finanzen und die Rücksicht auf die eigenen finanziellen Anlagen in Deutschland haben die Haltung Amerikas in den letzten Wochen bestimmt. Schon mehrere Male in den vergangenen Jahren mußte es in die europäischen Verhältnisse eingreifen, um zu verhindern, daß sein deutscher Schuldner notleidend wurde. Es kamen unter seiner Vermittlung dann jeweils Abkommen zustande, die eine kurze Atempause schufen, ohne aber je zu einer wirklichen Gesundung der europäischen Verhältnisse zu führen. Auf den Dawes-Plan folgte der Young-Plan und auf diesen jüngst der Hoover-Plan.

Mehr als eine Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Interessen in Europa bezweckten diese Eingriffe nicht. Sie wollten und sollten nicht eine Einflußnahme auf die politischen Machtverhältnisse Europas sein. Darin liegt die Schwäche des amerikanischen Standpunktes. Es ist der reine Kapital-Standpunkt. Dank seiner Bereicherung durch den Weltkrieg und der Verschiebung des Kapital-Weltmittelpunktes nach New-York, hält Amerika gewissermaßen den Schlüssel zur Weltpolitik in den Händen. Wo aber nicht Interessen seines Kapitals in Frage stehen, greift es nicht

ein. Sobald es auf politische Fragen stößt, die eine verantwortliche Stellungnahme von ihm verlangen, weicht es aus. Das Geld will eben nicht Verantwortung tragen, es will nur Gewinn einbringen.

Die deutsche Finanzkrise hat Amerika als rein finanztechnische Angelegenheit behandelt. Die Kredit- und Vertrauenswürdigkeit Deutschlands suchte es durch entsprechende offizielle Kundgebungen zu festigen: „Grundsätzlich sind die Bewegungen (der Marktlucht und des Rückganges der ausländischen Einlagen) durch nichts gerechtfertigt“, hieß es in den auf der Londoner Konferenz vorgebrachten amerikanischen Vorschlägen. Und Stimson führte bei seinem Berliner Besuch aus: „Ich habe an den Konferenzen von Paris und London gesagt, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk volles Zutrauen haben zu Deutschland, seinem Volk, seinen Hilfskräften und seiner Zukunft.“ Vor allem wandte es sich gegen eine Ausnützung der augenblicklichen Notlage seines deutschen Schuldners, um diesem politische Bindungen aufzuerlegen, die seine Zukunft noch mehr gefährdet hätten. Unmißverständlich berichtete Reuter bei Zusammentritt der Londoner Konferenz aus Washington, die amerikanische Regierung würde gegen den französischen Kredithilfeplan Stellung nehmen, falls dieser die Unterstützung Englands fände.

England bedurfte allerdings dieses Winks von jenseits des Ozeans kaum noch. Hier war man schon seit Wochen bemüht, der von Frankreich Deutschland gegenüber verfolgten Politik Einhalt zu tun. Man denke etwa an die englische Finanzhilfe für die österreichische Kreditbank, deren, durch den plötzlichen Rückzug großer französischer Gelder verursachten Zusammenbruch Frankreich ausnützen wollte, um Österreich in seiner Notlage zu zwingen, den Verzicht auf den Zollvertrag mit Deutschland auszusprechen. Was das Organ der englischen Regierungspartei, der „Daily Herald“, zum Beginn der Londoner Konferenz schrieb, dürfte der allgemeinen englischen Einstellung zu Frankreichs Absichten gegenüber Deutschland Ausdruck gegeben haben: „Großbritannien wird mit einem Nein auf die drückenden Forderungen antworten, die Frankreich als Bedingung für die hundert Millionen-Pfundanleihe an Deutschland stellen könnte.“ Die gesamteuropäischen Verhältnisse gehen England eben heute viel zu nah an, als daß es ihnen gleichgültig gegenüberstehen könnte. Das Millionenheer der englischen Arbeitslosen wird kaum je verschwinden, wenn nicht die deutsche Wirtschaft, deutscher Handel und deutsche Kaufkraft sich wieder erholen. Und wird die eigene Gesellschaftsordnung widerstehen, wenn in Mitteleuropa unter dem Druck wirtschaftlichen Zerfalls die innere Gärung und Unruhe weiter fortschreitet und man nie weiß, wann das Feuer vom Osten her auch von ihm Besitz ergreift?

So erblickt die englische Politik das Gebot der Stunde darin, alles zu vermeiden, was die Lage in Deutschland verschärfen könnte und alles zu tun, was die deutschen Verhältnisse beruhigt und festigt. In diesem Punkt trifft sie sich mit der amerikanischen. Der eng-

lische Premierminister hat denn auch bei seinem Besuch in Berlin die Ausführungen des amerikanischen Vertreters mit den Worten unterstützt: er, der englische Premierminister und der englische Außenminister seien u. a. deswegen nach der Hauptstadt des Deutschen Reiches gekommen, „um der Welt zu zeigen, daß trotz der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage unser Vertrauen in Deutschland unvermindert fortbesteht und daß wir in dem Kampfe, den Deutschland führt, mit Deutschland sympathisieren. . . Ein freies und sich selbst achtendes Deutschland ist unentbehrlich für die gesamte Zivilisation.“ Von Amerika im Stich gelassen sieht sich die englische Politik aber bei ihrem Bestreben, durch billige Regelung der Reparationsfrage und Revision der unhaltbarsten Bestimmungen der Friedensverträge die hauptsächlichlichen Ursachen der heutigen Zustände zu beseitigen. Und allein, ohne Amerika, hat England bisher in diesen Fragen nichts unternehmen können, weil ihm der kontinentale Gegenspieler gegen die augenblickliche Vormacht Europas fehlt. Gerade in den Tagen der Londoner Konferenz hat England erfahren müssen, wie abhängig es allein von Frankreich ist, als nämlich die französischen Banken ihre jenseits des Kanals angelegten Gelder plötzlich in großem Umfang zurückzogen, ohne sie selbst zu brauchen, mit dem leicht ersichtlichen Zweck also, das englische Pfund zu gefährden, falls die englische Politik sich zu weit von den Gesichtspunkten der französischen entfernen wollte. Darum ist, gemessen an dem, was getan werden müßte, um in Europa auch nur annähernd ausgeglichene und tragbare Verhältnisse zu schaffen, das Ergebnis der Londoner Konferenz auch so mager ausgefallen. Es stellt eine Hilfslösung mehr dar, die binnen kurzem wieder von neuen, noch schwereren Krisen gefolgt sein wird.

3.

Ein französisches Blatt hatte im Anschluß an die Londoner Konferenz geschrieben, diese habe gezeigt, auf welcher Seite Deutschlands wahre Freunde stünden. Die Engländer und Amerikaner ruinierten die Deutschen schließlich nur unter dem Vorwand, an ihrem Wiederaufbau mitzuhelfen. Mit andern Worten: nur Frankreich bringe Deutschland wahre Freundschaft entgegen. Wenn Frankreich seine Worte wahr machen will — und manche Franzosen sind sicherlich aufrichtig von dieser Absicht beseelt —, dann darf es aber bei seinem Freund nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß es ihn zu beherrschen und seine Notlage zu diesem Zweck auszunützen suche. Die Bedingungen, die es an seine Finanzhilfe knüpfte, und die ganze Art seines Vorgehens riefen aber unvermeidlich diesen Eindruck hervor. Selbst im außerdeutschen Ausland. So schrieb die englische „Times“ in jenen Tagen: „Wenn Frankreich und Deutschland sich ein für alle Mal entschließen wollten, die Schwierigkeiten, in denen sich der eine oder andere in einem gewissen Zeitpunkt befinden kann, als Gelegenheit zu einer von freundschaftlichem Geiste getragenen Geste zu betrachten, st a t t d a r a u s R a = p i t a l f ü r s i c h z u s c h l a g e n.“ Erst recht aber in Deutschland.

Erleichtert hatte man hier beim Bekanntwerden des Hoover-Planes aufgeatmet. Wochen zogen sich indessen hin, bis Frankreichs Zustimmung dazu vorlag. Und als das schließlich der Fall war, hatte die Geldknappheit in Deutschland einen Grad erreicht, der jeden geordneten Weitergang des Wirtschaftslebens in Frage stellte. In dem Augenblick bot Frankreich seine Hilfe an. Mehr, es forderte Deutschland vor aller Welt zur Freundschaft, zur „Verständigung“ auf. Nur wenn es auf diese eingehe, werde die Welt wieder Vertrauen zu ihm gewinnen, das sie jetzt, wegen der Art seiner inneren und äußeren Politik, verloren habe und wovon seine Finanzkrise die Folge sei. „Es gibt keinen Kredit ohne Vertrauen — führte Laval in seiner Erklärung an die französische Presse aus —, Vertrauen wird aber in der ganzen Welt nur einkehren, wenn zwischen dem deutschen und französischen Volk Harmonie besteht. Das ist der Weg des Friedens.“ Frankreich verlangte für seine „Verständigungs“-Bereitschaft aber einen Preis. „Frankreich ist bereit — hatte Millerand in den Verhandlungen des Senats, in denen die Richtlinien für die Regierung festgelegt wurden, ausgeführt —, Deutschland eine Finanzhilfe zu gewähren, aber Deutschland muß ein Ostlocarno und den Verzicht auf den Anschluß aussprechen. Um diesen Preis kann die deutsch-französische Verständigung morgen verwirklicht werden.“ Dazu trat die Forderung des Verzichts auf den Bau des Panzerkreuzers B. Und der offizielle Kredithilfeplan schließlich verlangte die Verpfändung der deutschen Zolleinnahmen für den Zinsendienst des Deutschland zu gewährenden Kredits.

Es ist heute keine deutsche Regierung denkbar, die auf diese Bedingungen hätte eingehen können, ohne von einem Sturm allgemeiner Volkseintrüstung weggefegt zu werden. Die Verpfändung der Zolleinnahmen hätte Deutschland auf einen Stand von Souveränitätsbeschränkung zurückgeworfen, in dem sich früher etwa die Türkei und China den europäischen Großmächten gegenüber befanden. Durch Verzicht auf den Bau des Panzerkreuzers B hätte es auf ein ihm aus dem Versailler Vertrag zustehendes Recht verzichtet, das ihm zwar keineswegs erlaubt, seine frühere Seegeltung wieder zu erlangen, aber seinen gefährdeten Ostseegebieten doch einen bescheidenen Schutz gewährt. Der Abschluß eines Ostlocarno wäre auf einen Verzicht auf Geltendmachung von Art. 19 des Völkerbundsvertrages hinausgelaufen, der Deutschland gestattet, für unanwendbar gewordene oder den allgemeinen Frieden gefährdende Vertragsbestimmungen Revision zu verlangen. Und mit dem Verzicht auf den Anschluß hätte es sich einer Aussicht beraubt, die ihm die Bestimmung der Friedensverträge, wonach die Entscheidung über den Anschluß dem Völkerbundsrat zusteht, immerhin noch bietet. Kurz, die Annahme der französischen Bedingungen wäre einer Versper rung des einzigen Weges gleichgekommen, der Deutschland noch offen steht, um sich mit friedlichen Mitteln wieder zu Selbständigkeit und Gleichberechtigung unter den Nationen emporzuarbeiten.

In einem linksstehenden französischen Blatt war einige Wochen vor Ausbruch der deutschen Krise zu lesen, in Frankreich erhebe ein neuer Poincarismus das Haupt und man könne sich in die Zeit der Ruhrbesetzung zurückversetzt glauben. Diese Darstellung ist unrichtig, sofern damit gesagt sein soll, daß unter Poincaré die französische Politik ein anderes Ziel verfolgt habe als etwa unter Briand und anderen Staatsmännern des letzten Jahrzehnts. Richtig ist sie, sofern sie feststellt, daß die französische Politik seit Monaten den Zeitpunkt für einen Wechsel der Methoden gegenüber Deutschland für gekommen hielt. Darum hatte man auch Briand ausgeschifft, beziehungsweise kalt gestellt, und andern Männern die Führung übertragen. Mit großer Besorgnis verfolgte man eben auf französischer Seite, wie in Deutschland nationales Bewußtsein und nationaler Wille um sich griffen und, in der nationalsozialistischen Bewegung und andernorts, vor allem auch von der deutschen Jugend, Besitz nahmen. In den Aufmärschen des Stahlhelms und verwandter Verbände sah man die planmäßige Pflege und Weckung militärischen Geistes. Der drohenden Revisionsbewegung gegen die deutschen Ostgrenzen hatte Briand letztes Jahr erfolglos seinen Europa-Plan entgegengestellt. Der einer überraschten Welt bekanntgegebene deutsch-österreichische Zollvertragsplan, dessen Vernünftigkeit zwar nicht bestritten werden, dessen Verwirklichung aber unabsehbare Rückwirkungen auf Frankreichs wirtschaftliche und politische Stellung im europäischen Südosten haben konnte, war das untrügliche Anzeichen einer wiedererwachenden und sich eigene Ziele setzenden deutschen Außenpolitik. Gelang es nicht, diese Selbständigkeitsregungen im Keim zu unterdrücken und der wachsenden nationalen Bewegung einen Kiegel zu schieben, dann lief Frankreich Gefahr, um die Früchte seines Sieges zu kommen. Denn ein wieder erstarktes und einen mitbestimmenden Faktor der europäischen Politik bildendes Deutschland ist unvereinbar mit der französischen Vormachtstellung. Frankreich sieht seine Lage nur so lange als gesichert an, als Deutschland schwach und wehrlos ist. Darum darf Deutschland nicht wieder erstarken. Es muß, koste es was es wolle, und mit was für Mitteln auch immer, niedergehalten werden. Der Ruhreinmarsch von 1923 stand im Zeichen dieser Forderung. Und der jüngste Angriff auf den deutschen Kredit und der damit verbundene Versuch, Deutschland ein „politisches Moratorium“ aufzuzwingen, steht in ihrem Zeichen.

Darum hat man in Deutschland von Anfang an die Aufrichtigkeit des jüngsten französischen Verständigungsangebotes angezweifelt. Würde denn wirklich ein Deutschland, das sich endgültig mit seinem gegenwärtigen fragwürdigen und wirtschaftlich untragbaren Zustand abfände und selbst auf die ihm im Versailler Vertrag zugestandene Bewegungsfreiheit verzichtete, der Welt als vertrauens- und kreditwürdiger erscheinen als ein Deutschland, dem eine, wenn auch noch so bescheidene Wiederaufstiegsmöglichkeit offen gelassen ist? Auf diese Frage müßte eine

französische Politik, die vorgibt, Deutschlands Bestes zu wollen, Antwort geben.

Und sie müßte es ebenso auf die andere Frage: wem hätte Frankreich seine angebotenen Milliarden leihen wollen? Die Regierung Brüning ist für diesmal einzig durch England und Amerika gerettet worden. Hätte Frankreich mit seinen Forderungen Erfolg gehabt, dann wäre ihr Schicksal unweigerlich besiegelt gewesen. Und was dann? Auch zu den inneren Fragen Deutschlands nimmt man eben in England und Amerika eine grundsätzlich andere Haltung ein als Frankreich. Die englische „Times“ schrieb in den Tagen der Londoner Konferenz, man müsse dem nationalen Selbstbehauptungswillen, der sich machtvoll im deutschen Volke rege, Rücksicht tragen und auf die deutschen Klagen wegen der Entwaffnung und der Revision der Friedensverträge u. s. w. eingehen. Man neigt in England und Amerika dazu, jede deutsche Regierung zu unterstützen, die nur die Gewähr für geordnete Verhältnisse nach innen und außen bietet. Frankreichs Bestreben dagegen muß notwendigerweise dahin gerichtet sein, alles in Deutschland zu bekämpfen, was nationalen Selbstbehauptungswillen besitzt oder äußert. Denn das alles trägt zu einer Wiedererstarkung Deutschlands bei, die nun einmal mit einer Vormachtstellung Frankreichs nicht vereinbar ist.

Hier zeigt sich eben der Zirkel der französischen Politik seit den Tagen der Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Versailles ist eine Ordnung des Friedens, die Politik Frankreichs dient der Erhaltung des Friedens, wird der Welt immer wieder verkündet. Die Erfahrung von zwölf Jahren lehrt aber das Gegenteil. Frankreich verfügt heute über das anerkannt bestausgebildete und bestgerüstete Kriegswerkzeug. In einem gewaltigen Kolonialreich besitzt es ein schier unererschöpfliches Menschenreservoir. Ein Gürtel von militärisch ebenfalls höchstgerüsteten Verbündeten umklammert die auf ein Mindestmaß abgerüsteten ehemaligen Kriegsgegner. Und trotzdem bangt Frankreich um seine Sicherheit. In Versailles glaubte es seine ehemaligen Kriegverbündeten, England und Amerika, zu Garanten seiner Machtstellung zu gewinnen. Sie lehnten ab. Das war die erste Fehlrechnung seiner Politik. Im Völkerbund, im Garantiepakt, im Genfer Protokoll, im Kellogg-Pakt (zu dem der Anstoß ursprünglich von Frankreich ausging), im Briandplan und in den Forderungen, die es jetzt in seiner Denkschrift für die kommende Abrüstungskonferenz wieder aufstellt: immer sucht Frankreich Sicherheit und immer verweigert ihm die übrige Welt, mit Ausnahme des engen Kreises seiner unmittelbaren Verbündeten, die Gewährleistung dafür — weil die übrige Welt nicht glaubt, daß Versailles eine Ordnung des Friedens sein kann.

„Harmonie zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, das ist der Weg des Friedens,“ hat Laval gesagt. Und gleichzeitig hat seine Regierung den Preis genannt, um den sie diese Harmonie zu verwirklichen bereit ist: wenn Deutschland verzichtet, in Eu-

ropa und in der Welt die Rolle zu spielen und die Aufgabe zu erfüllen, zu denen seine Anlagen und Kräfte es befähigen und geeignet machen, und sich mit der Rolle und der Geltung begnügt, die Europas Vormacht und Vormund ihm zuzugestehen jeweils für gut findet. Wie aber kann auf solcher Grundlage zwischen zwei Völkern Harmonie, Verständigung, Freundschaft bestehen? Darum hat zwischen Frankreich und Deutschland seit Versailles auch nie wirklich eine solche bestanden. Dort herrscht ständige Sorge um die eigene Sicherheit, dumpfes Grauen bei dem Gedanken, sich eines Tages, von England und Amerika im Stich gelassen, allein einem wiedererstarteten und Rechenschaft heischenden Deutschland gegenüber zu sehen: die Furcht des schlechten Gewissens. Hier erwacht man widerwillig aus einer zehnjährigen Selbsttäuschung und ringt sich langsam zu der Erkenntnis durch, daß man auch mit der aufrichtigsten friedlichen Gesinnung die Möglichkeit eigenen, selbständigen staatlichen Daseins noch nicht sichergestellt hat. So sieht die deutsch-französische Verständigung in Wirklichkeit aus!

Gewiß kann Frankreich nach wie vor auf die Weltöffentlichkeit seine Schlagworte niederprasseln lassen: Frankreich ist friedliebend, seine Politik dient nur dem Frieden und die Schuld liegt allein bei Deutschland. Zwölf Jahre nicht zur Ruhe kommenden politischen Zustandes, erneutes Wettaufrüsten, das dasjenige vor 1914 in Schatten stellt, schleichende Wirtschaftskrise ohne Aussicht dauernder wirtschaftlicher Wiedergesundung haben den größeren Teil der Welt — besonders die angelsächsische — längst an der Richtigkeit dieser Darstellungsweise zweifeln gelehrt. Und vor allem: die Kräfte, auf die sich Frankreich in Deutschland zur Verfolgung seiner Politik stützt, werden von Jahr zu Jahr schwächer, die Gegenkräfte stärker. Das ist die zweite große Fehlrechnung der französischen Politik. Druck erzeugt eben Gegendruck. Gerade das, was die französische Politik seit den Tagen von Versailles hat verhindern wollen: das Wiedererwachen nationalen Selbstbehauptungs- und Wehrwillens in Deutschland, das hat sie durch ihr Vorgehen ununterbrochen und in ungeahntem Maß hervorgerufen und ruft sie dauernd weiter hervor. Es ist ein bekannter Leitsatz der Staatskunst, daß wenn man ein Volk zur Ausöhnung mit einem bestehenden Zustand bringen will, man es in der Befriedigung seiner einfachsten Lebensbedürfnisse nicht allzu sehr verkürzen und ihm Spielraum zur Betätigung seiner Kräfte nach irgend einer Richtung gewähren soll. Frankreich hat geglaubt, dem deutschen Volk gegenüber auch das nicht zu können, weil selbst ein friedliches, aber gesundes und entwicklungsstarkes Deutschland schon seine Machtstellung gefährden würde, die nun einmal auf der Durchschneidung lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes gegründet ist. Nicht der kriegerische Geist Frankreichs und nicht der kriegerische Geist eines erwachenden Deutschland tragen daher die Schuld, wenn Europa immer unerträglicheren Spannungszuständen entgegengeht. Die Schuld trägt vielmehr diese einzige große Fehlrechnung, die Versailler Vertrag heißt.

Weitsichtige Franzosen haben längst die unheilvolle Verkrampfung erkannt, in der ihr Land sich befindet und die darin besteht, unentwegt die auf Versailles gegründete Politik fortzusetzen, und wenn diese nicht zum Frieden führt, einfach Deutschland die Schuld dafür zuzuschreiben. In einer in Paris erscheinenden Zeitung „La Griffe“ schrieb unterm 26. Juni Armand Charpentier:

„Ein ungeheuer großes Plakat mit der Überschrift: Wollen die Deutschen den Frieden?, und dessen Text noch dümmere als verbrecherisch ist, entehrt seit einigen Tagen die Mauern von Paris. . . Der anonyme Verfasser dieses häßlichen Machwerkes ahnt wohl nicht, daß ein viel strengeres Plakat mit dem Titel „Wollen die Franzosen des Frieden?“ an den Mauern Berlins angeschlagen werden könnte und selbst an den Mauern von Paris, was unendlich nützlicher wäre.“

Aber solche Stimmen verhallen heute in Frankreich noch ungehört. Hier läge darum eben die Aufgabe der ganzen übrigen verantwortungsbewußten Welt, ihre Stimme zu erheben und dem französischen Volk ins Gewissen zu reden, daß der Weg, den sein Land seit Versailles geht, nicht ein Weg des Friedens, sondern ein Weg ist, der Europa nie zur Ruhe kommen lassen und über seine Völker neues Unheil heraufzuführen wird.

4.

Was für eine Haltung nimmt unsere schweizerische Presse zu dieser Lage der internationalen Politik ein? Wie stellt sie sie unserer Öffentlichkeit dar und was für Rückwirkungen erwartet sie davon auf unsere eigene politische Lage? Das soll an der Art der Darstellung und Berichterstattung eines einzelnen Blattes veranschaulicht werden in der Meinung, daß damit zugleich die kennzeichnenden Merkmale für die Haltung eines großen Teiles unserer Presse überhaupt aufgewiesen seien.

„Heute gilt es einen Burgfrieden abzuschließen, den sich Frankreich nicht anders als auf der Grundlage der bestehenden Verträge und ihres Ausbaues durch den Völkerbund denken kann und der für Europa eine Atempause wäre, die seinen Wiederaufbau erlaubt und aller Welt zum Vorteil gereicht.“ Diese Ausführungen der „Neuen Zürcher Zeitung“ zu der bevorstehenden Zusammenkunft deutscher und französischer Staatsmänner in Paris kurz nach Mitte Juli zeigen, wie sehr man auf der Leitung dieses Blattes geneigt ist, die internationale politische Lage genau so anzusehen, wie sie Frankreich ansieht. Unter dem „Burgfrieden“, den Deutschland mit Frankreich abschließen soll, versteht man eine „ruhige und entschlossene Manifestation des Willens, den Notwendigkeiten der Stunde Rechnung zu tragen, . . . und ohne Preisgabe nationaler Würde oder irgend eines wirklichen nationalen Interesses die politische Prestige-

politik entschieden zurückzustellen“. Dabei bedeutet die Verpfändung der Zolleinnahmen für den Zinsendienst ausländischer Kredite nach der Meinung der „Neuen Zürcher Zeitung“ keineswegs eine „Preisgabe nationaler Würde“; sie stelle wohl einen „sehr bitteren Rückschlag“ für Deutschland dar; aber daß das größte und an Kulturleistungen mit an oberster Stelle stehende Volk Europas eine Bindung nicht annehmen könnte, deren Abstreifung den Völkern des erwachenden Asiens als höchstes Ziel erschienen ist oder erscheint, steht für sie außerhalb jeder Diskussion. Auch würde ein Verzicht Deutschlands auf Revision seiner Ostgrenzen nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ durchaus keine Preisgabe „eines wirklichen nationalen Interesses“ darstellen, wird es doch gerade als der „verhängnisvolle Irrtum“ der Nach-Stresemann'schen deutschen Außenpolitik bezeichnet, daß sie nicht „eine Wartefrist für zukünftige Revision der Friedensverträge anerkennen wollte“. Der Bau des Panzerkreuzers B und der deutsch-österreichische Zollvertrag schließlich wäre nichts als eine „politische Prestigepolitik“, deren „Zurückstellung“ zu den „Notwendigkeiten der Stunde“ gehörte.

Dieser völligen Verständnislosigkeit für die Lage Deutschlands und dem Mangel an Willen, ihr auch nur im entferntesten gerecht zu werden, steht eine Verständnisbereitschaft nach der Seite Frankreichs hin gegenüber und eine Bereitwilligkeit, auf dessen Standpunkt einzugehen, die nur allzu oft zu einem urteilslosen Nachplappern der Schlagworte der französischen Politik führt. Von der Haltung Frankreichs zum Hoover-Plan heißt es beispielsweise, sie habe gezeigt, daß Frankreich „zu einer internationalen Lösung des großen Verschuldungsproblems durchaus bereit“ sei, „wenn seiner besonderen Stellung als Hauptgeschädigter durch die materiellen Kriegszerstörungen angemessen Rechnung getragen“ werde. Nun ist Frankreich aber heute — nachdem jene Schäden längst geheilt sind — dasjenige Land, das aus den heutigen Verhältnissen den größten Vorteil zieht und dank dessen auch zum kapitalreichsten Land Europas geworden ist. Wenn also für eine Lösung der internationalen Probleme Opfer gebracht werden müssen, dann in erster Linie durch diejenigen, die noch etwas zu opfern haben, und nicht von denen, die kaum noch Hemd und Hose besitzen, und dazu noch in der Form von Fesseln um Hände und Füße, die sie der letzten Bewegungsfreiheit berauben. Was wir schließlich von einer weiteren „Atempause“ auf der Grundlage „der bestehenden Verträge und ihres Ausbaues durch den Völkerbund“ — die Europa „seinen Wiederaufbau erlauben und aller Welt zum Vorteil gereichen“ soll — zu halten haben, lehren die bisherigen zwölf Jahre Versailler- und Völkerbunds-Ordnung mit erschütternder Eindringlichkeit. Europa vertrüge eine weitere derartige „Atempause“ überhaupt nicht mehr. Es wäre an ihrem Ende nicht nur nicht „wiederaufgebaut“, sondern wirtschaftlich und politisch in weiten Teilen zerstört. Darum ist es gedankenloses Geschwätz, von einem an Bindungen und Hemmungen noch über Ver-

failles hinausgehenden „Burgfrieden“ als einem Weg zu reden, der „politisch und wirtschaftlich eine neue Zukunft Europas öffnet“.

Der Haltung der Leitung entspricht diejenige der Berichterstatter in den europäischen Hauptstädten. So schreibt der P a r i s e r Berichterstatter, der jeweils wiedergibt, was man im französischen Außenministerium in der Welt verbreitet wünscht, beispielsweise: „Die Revisionsziele der nationalistischen Parteien Deutschlands, namentlich was Polen anbetrifft, erweisen sich bei näherer Betrachtung der Verhältnisse als nicht weniger gefährlich — weil auf die Dauer unhaltbar — als es die französische Forderung auf das linke Rheinufer (in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts) gewesen war.“ Daß aber Deutschland auf Grund von Art. 19 des Völkerbundsvertrages das Recht zur Erhebung solcher Revisionsforderungen zusteht, wird stillschweigend übergangen. Ebenso, daß die deutschen Revisionswünsche in England (und andernorts) auf Verständnis stoßen, was bei den französischen Ansprüchen auf das linke Rheinufer weder vor zwölf noch vor hundert Jahren, noch sonst jemals der Fall war. Und schließlich fehlt die gerechte Abwägung, daß das linke Rheinufer für Frankreich nie eine Lebensnotwendigkeit, sondern höchstens die Vorbedingung seiner unbeschränkten europäischen Vorherrschaft gebildet hat, während die in Versailles gezogenen Grenzen Deutschland u. a. in zwei Teile zerschneiden, es wehrlos machen und seine Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht bringen.

Aus B e r l i n wird nicht etwa, entsprechend wie aus Paris, berichtet, wie man dort von Regierungsseite zu den Dingen Stellung nimmt. „Es bleibe dahingestellt, ob die deutsche Regierung und Öffentlichkeit jetzt erkennen werden, daß Deutschland um die politische Entscheidung (der Annahme der französischen Bedingungen) nicht herumkommt. Das Problem liegt in der Frage einer deutsch-französischen Verständigung beschlossen. Die Aussichten dafür erscheinen hier . . . nicht günstig“, heißt es in einem Bericht kurz nach Beendigung der Londoner Konferenz. Der Berliner Berichterstatter bezieht also selbst Stellung zu den Vorgängen und mißt daran die Haltung der deutschen Regierung, Öffentlichkeit und Parteien. Nach seiner Auffassung ist im vorliegenden Fall die richtige Lösung eine deutsch-französische „Verständigung“. An Tatsächlichem erfahren wir, daß in „Deutschland die Aussichten dafür nicht günstig erscheinen“. Daran wird die Mahnung an die deutsche Regierung und Öffentlichkeit geknüpft, zu erkennen, daß ihnen ein anderer Weg nicht übrig bleibe. Ist diese Art der Berichterstattung aber geeignet, uns ein richtiges Bild der Vorgänge und Zustände in Deutschland zu vermitteln? Und kann die schweizerische Öffentlichkeit sich auf Grund derselben ein richtiges Urteil über die deutschen Verhältnisse bilden? Doch wohl nicht. Denn einmal fehlt es dazu an den nötigen Sachgrundlagen. Wir müßten mehr über das Tatsächliche unterrichtet werden, das innen- und außenpolitisch in Deutschland vorliegt, und zwar ohne daß dieses schon in der Auswahl und Aufmachung durch eine bestimmte Tendenz gefälscht wird. Und zweitens müßte diese Tendenz, d. h. der Ge-

sichtspunkt des Berichterstatters durch die politischen Gesichtspunkte unserer Landes, der Schweiz, bestimmt sein. Der Berliner Berichterstatter macht es sich aber bequemer: er gibt die Dinge einfach wieder, wie sie in jeder französischen Zeitung zu lesen sind, d. h. wie sie sich unter dem Gesichtspunkt der französischen Politik darstellen.

Und die Berichterstattung aus London? Der auf der Londoner Konferenz vorgebrachte amerikanische Vorschlag beruhe auf einer „überraschend vereinfachten Beurteilung der deutschen Krise“, heißt es da in einem Telegramm aus London, weil er diese Krise lediglich als eine solche der kurzfristigen Kredite bezeichne und mit keinem Wort auf die politischen Forderungen Frankreichs eingehet. Ein Artikel der „Times“, der als einziges Hindernis, das der Wiedergesundung Deutschlands entgegenstehe, die politische Unnachgiebigkeit Frankreichs bezeichne, wird wie folgt kommentiert: „Dieser Artikel wird die heutigen Besprechungen Hendersons in Paris nicht erleichtern.“ Auch der Londoner Korrespondent versieht also die Auffassung, daß jede Meinung, die nicht mit der französischen übereinstimmt, selbst wenn sie von englischer Seite geäußert wird, eine Erschwerung der internationalen Politik bedeutet. Klassisch ist schließlich ein Telegramm vom 8. August, das über die Stimmung in England zu dem bevorstehenden Volksentscheid in Preußen berichten sollte:

„Die Organe der englischen öffentlichen Meinung verzichten darauf, wenn immer sie können, am Vorabend großer politischer Ereignisse im Ausland, namentlich wenn deren Unberechenbarkeit offensichtlich ist, dramatische Erklärungen abzugeben. Sie haben es auch mit der morgigen Abstimmung in Preußen so gehalten. Das will nicht heißen, daß man in London in Bezug auf die Rückwirkungen des möglichen gefürchteten Resultates Illusionen nähre, daß man die Zusammenhänge zwischen ihm und der Finanzaktion für Deutschland nicht sehen wolle. Wenn man an einigen Stellen zögert, dem Resultat — immer vorausgesetzt, daß es das unerwünschte sei — schon im voraus alle möglichen Folgen zuzuschreiben, so geschieht das deshalb, weil man selbst nach einem eventuellen ersten Sieg der Unvernunft letzten Endes an ein Überwiegen des gesunden Menschenverstandes bei den Siegern zu glauben geneigt ist. Eine solche Beurteilung der Lage kann nicht in präventive Formulierungen gebracht werden. Sie stützt sich auf Erfahrungstatsachen, sie rechnet mit der berechneten Sprache der Tatsachen, der sich auch Extremisten — man denkt hier vor allem zu ausschließlich an die Nationalsozialisten — nicht verschließen können. Im übrigen wird nirgends der Versuch gemacht, im Hinblick auf das eventuell gefürchtete Resultat die Bedeutung der Abstimmung zu verkleinern. Man betrachtet im Gegenteil die Rückwirkungen auf die europäische Politik mit großer Besorgnis. Dies kommt namentlich in den Berichten der Berliner Korrespondenten der Londoner Blätter heute zum Ausdruck, in denen der Aufruf der preussischen Regierung,

insbesondere dessen erzwungene Veröffentlichung in allen Organen, als Fehlschritt dargestellt wird.“

Wenn man etwas mit Sicherheit aus der Gewundenheit dieses Telegramms soll herauslesen können, dann doch nur, daß man sich über den preußischen Volksentscheid in England überhaupt nicht sonderlich aufgeregt hat, vor allem nicht über einen allfälligen Erfolg der nationalen Bewegung — „weil man selbst nach einem eventuellen ersten Sieg der Unvernunft letzten Endes an ein Überwiegen des gesunden Menschenverstandes bei den Siegern zu glauben geneigt ist“ —. Wenn man sich übrigens der unerhörten Heze erinnert, die vor sechs Jahren bei der deutschen Reichspräsidentenwahl in der ganzen französischen und ihrem Einfluß unterstehenden übrigen Presse gegen die Kandidatur Hindenburg geführt wurde und weiß, wie segensreich sich gerade der bekämpfte Wahlausgang für Deutschland und die übrige Welt ausgewirkt hat, dann kann man ermessen, wie schief die Urteile meist sind, die solchen Beeinflussungsversuchen der Weltöffentlichkeit zugrunde liegen. Nach dem Londoner Telegramm der „Neuen Zürcher Zeitung“ wäre in England Besorgnis eigentlich nur über den „Fehlschritt“ der preußischen Regierung, d. h. also des Gegners der nationalen Bewegung zum Ausdruck gekommen. Überschriften war das Telegramm trotzdem: „Vor dem Volksentscheid in Preußen — Besorgnis in England“. Denn das in Paris ausgegebene Stichwort verlangte, daß die ganze Welt und mit ihr auch England sich über einen allfälligen Sieg der nationalen Bewegung in Deutschland aufrege.

Im übrigen geht aus dieser verschiedenen Einstellung der englischen und französischen Presse zum preußischen Volksentscheid erneut hervor, wie anders England sich zu Deutschland und den deutschen Vorgängen verhält als Frankreich. In England sieht man davon ab, sich das spätere Zusammenarbeiten mit einer Regierung zu erschweren, die man vorher bekämpft hat. Vor allem aber hütet man sich, eine fremde Regierung vor ihrem eigenen Land dadurch unheilbar zu kompromittieren, daß man in auffälliger und durchsichtiger Weise für sie Partei ergreift. Ist Frankreich wirklich so um die deutsche Republik und die sie tragenden Parteien besorgt, wie es vorgibt, dann hat es ihnen mit seiner offenen Parteinahme für sie den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Ihr ständiger Rückgang an Ansehen und Einfluß und das Überhandnehmen „radikaler“ Richtungen fällt zur Hauptsache auf die Schuld dieser ausländischen Kompromittierung. Damit tritt aber auch der Zirkel wieder zu Tage, in dem sich die französische Politik befindet: sie will in Deutschland Parteien und Richtungen unterstützen, von denen sie glaubt, daß sie sich, weil selbst innerpolitische Nutznießer davon, mit der bestehenden Ordnung endgültig abfinden, und sie fördert damit in ungeahntem Maße Parteien und Richtungen, die Deutschlands Wiedererhebung zu voller Selbständigkeit und Gleichberechtigung — was mit Frankreichs Vormachtstellung unvereinbar ist — mit allen Mitteln erstreben. Hätte sich die Welt ein-

schließlich Frankreichs in den letzten zwölf Jahren zu Deutschland und seinen inneren Verhältnissen gestellt, wie es heute etwa England tut, dann wären nicht nur viele der innerdeutschen Wunden längst geheilt, die sich jetzt wegen des Herumwühlens des Auslandes darin nicht schließen können und die Deutschland hindern, zu ruhigen und gefestigten Verhältnissen zu kommen. Es ist auch ganz undenkbar, daß in einem beruhigten und gefestigten Deutschland, das man wieder gleichberechtigt zum Wettbewerb mit der übrigen Welt zugelassen hätte, jemals ein namhafter Bruchteil des Volkes zu finden gewesen wäre, der die Verantwortung und das Opfer eines neuen möglichen Krieges hätte auf sich nehmen wollen. Hungernde, jeder Zukunftsaussicht, ja selbst der unmittelbaren Lebensmöglichkeit beraubte Massen sehen einer solchen Möglichkeit leichter ins Auge und sind auch zu den entsprechenden Opfern bereit, wenn sie hoffen können, damit wenigstens den künftigen Geschlechtern wieder ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Deutschland ist heute und auf lange Zeit hinaus wehrlos und zu irgendwelcher erfolgversprechenden kriegerischen Unternehmung außer Stande. Wenn man sich aber von der Angst, daß das in einer späteren Zukunft einmal anders sein könnte, befreien, und allen sich daraus ergebenden Eventualitäten vorbeugen will, dann geschieht das nicht, indem man selbst immer mehr rüstet und immer mehr Geld in die Rüstungen seiner Verbündeten hineinsteckt, noch indem man den gefürchteten Gegner durch Auferlegung stets neuer Bindungen an der Entfaltung seiner natürlichen Kräfte hindert, noch indem man gegen jede Regung von Selbstbehauptungswillen bei ihm die ganze Welt aufpeitscht und durch ständiges Einmischen in seine Angelegenheiten seine politischen Leidenschaften schürt und seine inneren Gegensätze vertieft und verschärft. Mit all dem erreicht man schließlich nur das, was man vermeiden will und was im Interesse der Zukunft der europäischen Kultur und der ganzen Welt vermieden werden muß.

5.

Wenn dem so ist — und eine zwölfjährige bittere Erfahrung lehrt, daß ihm so ist —, dann stellt sich die Frage, was für Gründe einen Teil unserer Presse bewegen, gerade die Haltung einzunehmen, die einer solchen verhängnisvollen Entwicklung förderlich ist? Da wird man einmal auf den Umstand hinweisen, daß in einem kleinen, abseits des Stromes geschichtlichen Werdens stehenden Staatswesen der unmittelbare Zwang zur Bildung eines eigenen Urteils über die Fragen der großen Politik fehlt. Für den größeren Teil unserer Tageszeitungen ist internationale Politik etwas, dem man, ohne selbst daran beteiligt zu sein, wie von einer Theaterloge aus zuschaut. Und entsprechend nimmt man für sich das Recht des Zuschauers in Anspruch, die Vorgänge auf der Weltbühne nach persönlicher Liebhaberei oder Sympathie für die einzelnen Schauspieler zu beurteilen und zu „kritisieren“. Dazu kommt die Ahnungslosigkeit des durchschnitt-

lichen Kleinstaatbürgers in Fragen der großen Politik, da es ihm an außenpolitischer Erziehung und Überlieferung fehlt und er darum jeder ausländischen Beeinflussung zugänglich ist und am liebsten denjenigen Vorstellungswesen folgt, die ihm am mundgerechtesten gemacht werden und seiner Eigenliebe am meisten schmeicheln. Indessen wäre es unrichtig, die Haltung unserer Presse vorwiegend nur auf Rechnung dieser geistigen Unselbständigkeit setzen zu wollen.

Es wäre aber auch unrichtig, aus dem Umstand, daß unsere Presse heute zum Teil so stark im Fahrwasser der französischen Politik segelt, folgern zu wollen, sie lasse sich dazu durch die nämlichen Gründe bestimmen, die etwa für eine „Gazette de Lausanne“ ausschlaggebend sind, welches Blatt die Ziele Frankreichs einfach als die eigenen empfindet und sie entsprechend fördert und unterstützt. Es fehlt den Kreisen, die die Haltung unserer großen Presse bestimmen, keineswegs an eigener Zielsetzung. Sie glauben diese heute lediglich am besten durch die Anlehnung an Frankreich und Unterstützung seiner Politik verwirklichen zu können.

„Wir waren beim Sieger 1871, wir waren beim Sieger 1918. Wir sind noch immer beim „Sieger“. Daß unser Volk bei diesen Siegen so leise mitbesiegt worden ist, tut wohl heute nicht viel zur Sache. „Uns“ geht's ja gut, wir haben Arbeit, haben zu essen und zu trinken. Darum seid froh, daß es Euch so gut geht und verlangt nicht noch Freiheit und Unabhängigkeit der Gesinnung und des politischen Handelns.“ — Sollten diese Ausführungen der in Straßburg erscheinenden und über ein feines politisches Fingerspitzengefühl verfügenden „Elsaß-Lothringer-Zeitung“ nicht, unter veränderten Umständen, auch ein wenig für unser Land gelten? Auch wenn sie mit folgender Beurteilung der Lage fortfahren: „Die Satten geben heute den Ausschlag — bei uns. Aber es gibt Länder, da geben nicht die Satten, sondern die Hungrigen den Ausschlag. . . Es gibt in Europa nicht nur soziale Klassenunterschiede in den einzelnen Völkern, sondern es gibt heute vor allem soziale Klassenunterschiede zwischen den einzelnen Völkern. Es gibt satte, reiche, gesicherte Völker und daneben hungrige, verarmte, zusammengepferchte. Diese Tatsache . . . wirkt sich aus als eine Spannung zwischen Volk und Volk und hindert jede wahrhafte Friedensstimmung, die ja doch nur aus der Ausgeglichenheit der Volkskräfte hervorgehen kann. . . Wir Elsaß-Lothringer selbst müssen wünschen, daß das uns benachbarte, unsere Sprache sprechende und uns blutverwandte deutsche Volk nicht durch innere und äußere Nöte zu Handlungen der Verzweiflung gedrängt wird, durch die es innerlich und äußerlich noch mehr geschwächt und seinen wahren kulturellen Aufgaben im Herzen Europas entzogen würde.“

Man sollte meinen, daß auch wir Schweizer genau den gleichen Wunsch haben müßten, wie er hier von elsässischer Seite ausgedrückt wird. Wir

haben aber oben gesehen, daß unsere große Presse vielmehr ihr redlich Teil dazu beiträgt, durch eine unsachliche, parteiisch gefärbte Darstellung der deutschen Vorgänge und durch die vorbehaltlose Unterstützung der französischen Bestrebungen die inneren und äußeren Nöte Deutschlands zu vergrößern. Julius Schmidhauser hat in seinem, im Februarheft dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz eben die richtige Kennzeichnung gegeben: die industriellen und kaufmännischen Führer unseres Bürgertums haben politisch versagt. Sie haben Witterung für das Geschäft. Aber es fehlen ihnen die religiösen und volklichen Gründe, aus denen allein Gemeinschaft wächst. Ihre Witterung für das Geschäft läßt diesen Kreisen einen Niedergang Deutschlands vielleicht nicht unerwünscht erscheinen, weil sie dadurch auf dem in- und ausländischen Absatzmarkt die lästige deutsche Konkurrenz los würden. Daß aber dabei für unser Volk geistige und politische Werte auf dem Spiel stünden, die durch keinen materiellen Wohlstand jemals ersetzt werden könnten, fällt für sie nicht in Betracht. Der Begriff Volk als einer geistigen Schaffungsgemeinschaft ist etwas, was der Betrachtungsweise des Geldes völlig fern liegt. Volkspersönlichkeit und Staat als deren Ausdrucksform sind für das Geld nicht Werte für sich, sondern belanglose Dinge. Das Geld interessiert sich für ein Volk höchstens, sofern dessen einzelne Glieder Gegenstände möglichen Gewinns bilden. Wenn das letztere der Fall ist, kann allerdings eine sehr starke Interessiertheit zutage treten. Auf die jüngst erlassene Notverordnung der deutschen Regierung zur Einschränkung der Auslandsreisen, durch die schweizerische Fremdenindustrie- und Verkehrsinteressen betroffen werden, hat die „Neue Zürcher Zeitung“ mit Ausdrücken wie folgt geantwortet: „Einseitiger brüster Verstoß gegen die Freizügigkeit internationaler Verkehrsbeziehungen“, „Verletzung staatsrechtlicher Usancen“, „Verstimmung schmergeschädigter Nachbarvölker“, „wenig dazu angetan, die Bemühungen zur Wiederherstellung einer Basis des europäischen Vertrauens gegenüber Deutschland zu fördern“.

Das Geld will aber auch nicht Verantwortung tragen. Ob es in Europa heute soziale Unterschiede zwischen den einzelnen Völkern, satte, reiche, gesicherte und hungrige, verarmte, zusammengepferchte Völker gibt, kümmert einen wenig, solange man selbst nur zu den Satten und Reichen gehört. Daß aus diesen sozialen Unterschieden zwischen gleich hochstehenden Kulturvölkern Spannungen entstehen, die einen ausgeglichenen Friedenszustand dauernd verunmöglichen, darüber und über Mittel und Wege zur Abhilfe nachzudenken, fühlt man sich nicht verpflichtet. Man begnügt sich damit, für die Sicherung seines eigenen Reichtums und Wohlstandes besorgt zu sein. In diesem Streben nach Sicherung der eigenen gehobenen gesellschaftlichen Stellung und des politischen Einflusses, den einem Besitz verleiht, ist der Schlüssel zur Haltung unserer großen Presse zu erblicken. Darum findet man sich immer auf Seite des Siegers und ist bereit, dessen Wohlwollen mit Konzessionen

auf Kosten des Volksganzen und seiner völkerrechtlichen Positionen zu erkaufen. Man denke, wie schnell man 1918 den Anschluß an die Siegerseite gefunden hat und wie großzügig man in der Preisgabe lebenswichtigster Rechtsstellungen des schweizerischen Staates war, um sich dafür unter den Schutz der neuen europäischen Vormacht stellen zu dürfen. Frankreich ist seit Ende des Weltkrieges die wahrhaft „konservative“ Macht Europas. Sein Streben, jede Änderung der bestehenden Gebiets- und Machtverhältnisse in Europa zu verhindern, deckt sich mit demjenigen unserer wirtschaftlich führenden Schichten nach ungeschmälerter Erhaltung ihres jetzigen Besitzstandes und der gesellschaftlichen und politischen Stellung, die ihnen dieser verleiht. Wer etwas am Bestehenden ändern will, erscheint beiden gleicherweise als Störenfried. Besitz will eben auch Ruhe, denn er kann nur in Ruhe genossen werden. Darum muß Frankreichs Politik allenthalben unterstützt und als die richtige dargestellt werden. Nur durch diese Leistung sichert man sich die französische Gegenleistung. Und je drohender es unter der Einwirkung dieser Politik im Gebälk des europäischen Staatenbaues, ja des eigenen Staatsbaues kracht, desto blinder verschließt man sich der Wirklichkeit und desto enger klammert man sich an die Fersen des großen Protektors.

Alle Kurzsichtigkeit rächt sich aber einmal. Die Geschichte lehrt das an ungezählten Beispielen. Auch die schweizerische. Die Schweiz des ausgehenden 18. Jahrhunderts galt als eines der wohlhabendsten und bestgeordneten Länder in Europa. Und doch trug sie, dem Blick scharfsichtiger Zeitgenossen unverkennbar, das Rainszeichen des Verfalls an sich. Sie war politisch tot. Ist denn aber die Schweiz des 20. Jahrhunderts wirklich politisch tot, oder leidet sie nicht vielmehr an einem Übermaß politischer Betätigung? Das letztere wäre der Fall, wenn es sich bei dem ganzen Streit der Parteien, der unser öffentliches Leben erfüllt und beherrscht, um Politik und nicht nur um einen Zank darum handelte, wer vom Staat den größeren Vorteil ziehen kann. Wäre beispielsweise der Kampf, den eine „Neue Zürcher Zeitung“ gegen die Sozialdemokratie führt, wirklich ein politischer Kampf, d. h. ein Kampf um den, durch eine untaugliche Gesellschafts- und Weltanschauung bedrohten Staat, dann dürfte dieses Blatt nicht gleichzeitig im Ausland Parteien marxistischer Staats- und Weltauffassung unterstützen und fördern, wie es das heute tut. Was die deutsche Sozialdemokratie und die Partei der „Neuen Zürcher Zeitung“ verbindet, ist daher auch nicht ein gemeinsames politisches Interesse, wohl aber ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung der bestehenden Verhältnisse. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie, die auf der neuen Ordnung in Deutschland beruht, und diejenige des Großbürgertums der „Neuen Zürcher Zeitung“ würden gleicherweise bei einer Änderung des Bestehenden gefährdet. Darum erblicken auch beide ihre beste Sicherung in der Politik und Machtordnung Frankreichs und gehen beide einig in der Unterstützung des Garanten derselben, des Völkerbundes. Ob eine solche Haltung ungünstige Rückwirkungen auf das eigene staatliche Dasein hat, fällt nicht in Betracht.

Im innerstaatlichen Leben zeigt sich die Rückwirkung solcher Kurzsichtigkeit allerdings unmittelbarer und eindringlicher. Darum, weil die Schichten, die eine „Neue Zürcher Zeitung“ tragen, nicht für die Volksgemeinschaft, sondern für ihren Besitz, nicht gegen den Marxismus als untaugliche Staats- und Weltanschauung, sondern gegen die einen gerechten Anteil an ihrem Besitz fordernde Arbeiterschaft kämpfen, weil sie sich nicht für den selbständigen und wehrhaften Staat einsetzen, sondern vom Staat nur etwas wissen wollen, wenn sie ihn zum Schutz ihres bedrohten Besitzstandes brauchen, wohnen wir diesem Zerfall jener Partei bei, die die unabhängige Schweiz des 19. Jahrhunderts geschaffen und verantwortlich getragen hat. Ein Teil der einstigen Anhängerschaft dieser Partei hat sich in neuen Parteien gesammelt. Unaufhaltsam verliert sie weiteres Parteivolk, sei es an diese neuen Parteien, sei es an das wachsende Heer der politisch Enttäuschten und Gleichgültigen, das so zum Rekrutierungsdepot neuer Parteibildungen wird. Eine schwere Verantwortung ist es, sich, nur um im Genuß seines Besitzes nicht geschmälert zu sein, der Aufgabe zu versagen, zu der man durch Herkunft, Bildung und Mittel berufen wäre, und sein Volk in dem Kampf, der ihm durch die Notwendigkeit einer Anpassung seiner staatlichen Daseinsformen an die veränderten Verhältnisse bevorsteht, im Stiche zu lassen. Und eine nicht weniger schwere Verantwortung bedeutet es, den schwindenden eigenen direkten Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten durch einen indirekten Einfluß ersetzen zu wollen, den man dank seiner materiellen Mittel auf die staatlichen Behörden, die Organe der öffentlichen Meinungsbildung und die Stimmberechtigten auszuüben vermag. Denn damit höhlt man die Demokratie aus und macht aus ihr einen staatlichen Leerlauf, der nur noch unkontrollierbaren Mächten bei der Verfolgung ihrer privaten Ziele als Deckmantel dient. Die schweizerische Demokratie ist in ihren guten Zeiten durch das Gesamtinteresse des Volkes und durch Führer bestimmt worden, die sich dem Gemeinschaftswillen und nicht dem Privatwillen einer einzelnen Schicht verpflichtet fühlten. Wenn dem heute nicht mehr so ist, dann muß es um so mehr Aufgabe und Ziel einer auf die Zukunft gerichteten Politik sein, dafür zu sorgen, daß ihm wieder so wird.

6.

Diese Ausführungen erheben nicht den Anspruch der Unfehlbarkeit, wohl aber den, eine sachlich begründete Meinung darzustellen. Wesentlich ist dabei nicht, ob diese Meinung die einzig richtige sei. Not tut unserer Öffentlichkeit vor allem, daß sich über die großen Gegenwartfragen überhaupt Meinungen bilden. Aus dem Streit und Widerstreit der Meinungen springen dann von selbst allgemeingültige, wegweisende Richtlinien heraus. Das Schlimmste für das öffentliche Leben eines Volkes ist, wenn seine Verantwortlichen, die um die Unzulänglichkeit des Bestehenden wissen, stillschweigen oder die Verkündung dieses Wissens durch Andere durch un-

sachliche Argumente zu entwerten suchen. Dann artet die öffentliche Diskussion in Streit und Gezänk aus, das die kleinen Naturen anzieht, das Blickfeld verengt und zur Verhetzung und Versekung der Gemeinschaft führt. Nur wo offener Kampf der Geister ist, ist wirklicher politischer Kampf. Und nur dieser ist fruchtbar, weil nur er hohe Gesinnung weckt und die schlummernden Kräfte der Nation aufrüttelt.

Das Kolonial-Reich Frankreichs.

Von Maurice Duhamel, Paris.¹⁾

Das „überseeische Frankreich“.

Die von der französischen Regierung mit großen öffentlichen Mitteln organisierte Kolonial-Ausstellung ist im Mai dieses Jahres in Vincennes vor den Toren von Paris eröffnet worden. Sie wird bis zum November dauern.

Welches ist der Zweck dieser lärmigen Schaustellung? Soll sie den Ausländern die Kenntnis der Erzeugnisse der französischen Kolonien vermitteln? Man darf annehmen, daß diese sie bereits sehr gut kennen, zweifellos besser als der Großteil der Franzosen selbst. Es sind ja Italiener, die Tunis bebauen; Spanier, die die Datteln von Biztra ernten; Amerikaner, die die Bananen von Guinea und Dahomey ausbeuten; Holländer, die ihren Gewinn aus den Kakao-Bäumen von Togo und Kamerun ziehen; Engländer, die Papier aus dem Alfa der algerischen Hochebenen herstellen.

Handelt es sich darum, diesen Hang zur Selbsthaftigkeit und gesicherten Zukunft zu bekämpfen, der die jungen Franzosen in die ruhigen Beamtenstellen treibt, und bei ihnen koloniale Neigungen zu wecken? England hatte vor einigen Jahren einen Versuch dieser Art gemacht. Aber wer die Gewohnheiten der französischen Verwaltung kennt, ihre Furcht vor dem Abenteuer, und die Kunst, die sie anwendet, um die Unternehmungslust zu schwächen, für den müßte eine solche Absicht eine so vollständige Stimmungs- und Methodenänderung bedeuten, daß sie nur schwer glaublich erscheint.

Es scheint vielmehr, daß ein Gefühl von Prahlerei Frankreich zu dieser unvorhergesehenen Ausstellung veranlaßt habe. Nachdem Frankreich bezüglich seiner Bevölkerungszahl in Europa in den fünften, in Bezug auf seine Handelsflotte vom zweiten in den sechsten Rang herabgefallen und von allen seinen Handelskonkurrenten auf den auswärtigen Märkten beiseite geschoben ist, bleibt es noch immer der größte Kolonialstaat nach England. Es scheint ihm angenehm, sich das in Erinnerung zu rufen und nützlich, es

¹⁾ Die Übersetzung ins Deutsche wurde von der Schriftleitung besorgt.